

Regierungsratsbeschluss

vom 10. August 2010

Nr. 2010/1438

Vernehmlassung zu den Vorentwürfen der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates betreffend die Parlamentarische Initiative 06.490 (Mehr Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten. Änderung von Artikel 210 OR)

Schreiben an das Bundesamt für Justiz, Bern

1. Erwägungen

Das Bau- und Justizdepartement unterbreitet das Schreiben an das Bundesamt für Justiz zu den Vorentwürfen der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates betreffend die Parlamentarische Initiative 06.490 (Mehr Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten. Änderung von Artikel 210 OR) zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Das Schreiben an das Bundesamt für Justiz zu den Vorentwürfen der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates betreffend die Parlamentarische Initiative 06.490 (Mehr Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten. Änderung von Artikel 210 OR) wird beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Justiz vom 10. August 2010

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Bau- und Justizdepartement, Rechtsdienst Justiz (FF; 3)
Obergericht
Gerichtskonferenz
Hochbauamt
Amt für Verkehr und Tiefbau
Finanzdepartement

2

Ratsleitung (8)

Medien (jae)